

Statt mit der Faust mit dem Kopf!

**Lösungsansätze und Aktionsleitfaden
zum Problem der Jugendgewalt**

**Schüler
Union
Niedersachsen**



Statt mit der Faust mit dem Kopf!

**Lösungsansätze und Aktionsleitfaden
zum Problem der Jugendgewalt**

**Beschlossen vom Landesausschuß
der Schüler Union Niedersachsen
am 20. April 1997 in Oldenburg**



**Statt mit der Faust
mit dem Kopf!**

Leitantrag zum Landesausschuß der
Schüler Union Niedersachsen

Erarbeitet von Ingmar Ebhardt

Beschlossen am 20. April 1997 in Oldenburg
Ersetzt den gleichnamigen Beschluß vom 12.9.1993

1. Auflage: Juli 1997

Herausgeberin:
Schüler Union Niedersachsen
Postfach 21 03 80
30403 Hannover

Telefon 0511/27991-48 Telefax 0511/27991-31

E-Mail: SULVNds@aol.com

<http://members.aol.com/SULVNds>

Vorwort

Seit einigen Jahren ist an Deutschlands Schulen eine stetige Verschlechterung des Gesellschaftsklimas und steigende Aggressivität festzustellen, die sich in einem starken Anstieg von Gewalt ausdrückt.

Wir, die **Schüler Union**, wollen diese Entwicklung nicht akzeptieren. Wir setzen uns dafür ein, die um sich greifende Gewalt zu bekämpfen. Das Bewußtsein für eine gewaltlose Konfliktlösung muß geschärft werden!

Dazu müssen alle Instanzen an einem Strang ziehen: Schulleitung, Lehrer, Eltern, Polizei und nicht zuletzt auch wir, die Schüler. Wir stellen uns dieser Verantwortung. Dieses Thesenpapier beinhaltet eine Situationsanalyse, Thesen zu Hintergründen und einige Lösungsansätze, die zeigen, daß wir vor Ort aktiv unseren Beitrag zur Prävention leisten können.

Statt mit der Faust mit dem Kopf!

Das Gesellschaftsbild an Deutschlands Schulen wird mit steigender Tendenz von Aggressivität geprägt. Begleitet wird dieses Phänomen von einer stetig ansteigenden Kriminalitätsrate, die eng in Verbindung steht mit einem größer werdenden Drogenkonsum unter Jugendlichen, der immer öfter auch an Schulen praktiziert wird.

Das soziale Umfeld vieler Jugendlicher wird härter. Viele Eltern haben zunehmend immer weniger Zeit für ihre Kinder und vernachlässigen sie auf diese Art. Obgleich die Auswirkungen bei den sozial schwächeren Schichten am schwerwiegendsten sind, betrifft dieses Problem die gesamte Gesellschaft. So ist es auch nicht verwunderlich, daß sich diese Aggressivität immer mehr in Gewalt ausdrückt, welche sich auch an unseren Schulen zusehends ausbreitet.

Welche Dimension haben diese Probleme bei uns erreicht? Wo liegen Möglichkeiten und Grenzen der Schule in der Bekämpfung des Gewaltphänomens? Was kann Jugend- Schul- und Bildungspolitik in diesem Zusammenhang wirklich leisten?

Situationsbeschreibung

Der von den Medien gern zitierte Anstieg der Gewaltkriminalität in Deutschland macht auch vor den Schulen nicht halt. Schlägereien, Drogenhandel und Schutzgelderpressung sind besonders an den Haupt- und Berufsschulen, aber auch an den Realschulen und Gymnasien nichts ungewöhnliches mehr.

Besonders extrem ist die Situation überall dort, wo die sozialen Nöte und Spannungen am größten sind, hauptsächlich in den Randstädten der Ballungsräume. Die Probleme werden oft mit in die Schule getragen.

Grundsätzlich leidet an betroffenen Schulen die überwiegende Mehrheit aller Schüler unter den Repressionen radikaler Minderheiten. Diese Minderheiten organisieren sich zumeist in Gruppen. Dort suchen sie nach Idealen wie Zugehörigkeitsgefühl, Geborgenheit und Macht, um so die

Illusion einer Perspektive zu haben, die sie in der Gesellschaft nicht erkennen können. Dabei sind diese Gruppen in den seltensten Fällen politisch motiviert. Den Jugendlichen fehlen meistens nur der Glaube an die Werte und Normen unserer Gesellschaft. Sie übernehmen Parolen von Extremisten, ohne diese zu hinterfragen. Auch Lehrer stehen dem Problem Gewalt immer hilfloser gegenüber, ihnen fehlen oft psychologische Ausbildung und Autorität, um gewalttätigen Konflikten vorzubeugen oder gar schlichtend einzugreifen und auch die ausreichende Befugnis, solches Tun zu unterbinden.

Das Verantwortungsbewußtsein der Schüler gegenüber fremden Sachen sinkt nicht zuletzt durch die häufig selbstverständliche Schadensregulierung der Versicherungen. Durch diese Art der Schadensregulierung sinkt das Interesse der Eltern an der Erziehung ihrer Kinder zu Respekt vor fremdem Eigentum. Auch die Jugendlichen selbst verlieren immer mehr ihr Gefühl für die Tragweite ihrer Taten, welche ihnen durch ein komplettes Übernehmen aller Schäden schmerzhaft in Erinnerung gerufen würde.

Die Probleme werden allzu oft totgeschwiegen. Lehrer und Schulleiter haben Angst, fühlen sich unter Druck gesetzt, oder sie resignieren einfach vor der Vielzahl von Problemen, für die Gewalt symptomatisch ist. Rechtsverstöße werden bagatellisiert oder aus Bequemlichkeit nicht beachtet.

Außerdem stellen verschiedene Studien, z.B. vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen, fest, daß unter den Gewalttätern eine zunehmende Organisierung herrscht.

Leider belegen kriminologische Untersuchungen auch, daß der Anteil von ausländischen Jugendlichen und bei Kindern von Aussiedlern überproportional hoch ist. Fakt ist, daß ausländische Banden mittlerweile noch vor Skins und Punks den größten Anteil an gewalttätigen Delikten und Organisationen haben. Eine objektive Ursachenanalyse ist hier unerläßlich. Einen einzigen Hauptgrund gibt es nicht, viele Faktoren kommen noch zu denen, welche auch deutsche Jugendliche, die durch Gewalt auffallen, betreffen. Viele der ausländischen oder deutschstämmigen Jugendlichen sind nicht freiwillig hier, sondern mußten mit ihren Eltern in die Bundesrepublik kommen, weil diese hier Arbeit gefunden

haben bzw. suchen oder in ihrem Heimatland politisch verfolgt werden. In dieser Zwangslage treffen sie auf eine völlig neue Kultur, und manchmal ist es eine Trotzreaktion, daß sie sich nicht eingliedern. In vielen Fällen wird ihnen auch ihre alte Kultur durch die Eltern zwanghaft übergestülpt, so daß sie sich nicht integrieren können. Einige wollen dies zwar, doch die Integration wird ihnen durch Bürokratie und verfehlte Politik auf allen Ebenen und oft durch Vorurteile von Mitschülern zusätzlich erschwert.

Viele ausländische Jugendliche, die hierher kommen, sind der deutschen Sprache nicht mächtig. Da sie aber nach deutschem Recht der Schulpflicht unterliegen, müssen sie am Unterricht teilnehmen, ohne auch nur ein Wort verstehen zu können. Sie erhalten schnell den Eindruck, "daß sie nicht dazu gehören". Unterrichtsstunden, in denen sie die deutsche Sprache lernen können, werden vom Land nur in absolut nicht ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt. Diese Zusatzstunden werden in den meisten Fällen von den Schuldirektoren dazu verwendet, die Unterrichtsversorgung in den normalen Fächern zu kompensieren. Die sozialen Folgen sind, wie sich jetzt zeigt, verheerend!

Lösungsansätze

Zur Relativierung der Lösungsmöglichkeiten ist zu sagen, daß direkt in der Schule hauptsächlich nur Symptome bekämpft werden können. Die Ursachen für Gewalt liegen viel tiefer in unserer Gesellschaft und in den Familien.

Zur allgemeinen Problembekämpfung fordern wir folgende Maßnahmen:

- Für unsere ausländischen Mitschüler fordern wir ein umfassendes Integrationsprogramm. Die im folgenden erläuterte Maßnahme bietet sich hauptsächlich für Großstädte an: Für ausländische Mitschüler, welche die deutsche Sprache noch nicht beherrschen, sollten zusätzlich jahrgangsübergreifende Lerngruppen eingerichtet werden, deren Ziel das möglichst schnelle Erlernen der deutschen Sprache ist. Um eine Fortführung der Allgemeinbildung zu garantieren, ist eine

schrittweise Integration in den Klassenverband notwendig. Die Kosten hierfür erscheinen sicherlich auf den ersten Blick sehr hoch, bei näherer Betrachtung stellen sie sich aber als sehr investive Ausgabe heraus, welche soziale Folgen und Kosten drastisch mindern kann.

- Aufklärung muß für Schüler, Eltern und Lehrer stattfinden. Projekttag mit dem Motto “Statt mit der Faust mit dem Kopf!” sind eine Möglichkeit. Bei derartigen Veranstaltungen können, Opfer, Lehrer, Eltern, Fachleute und - wenn sie sich dazu bereit erklären - auch Täter Informationen austauschen.
- Einrichtung einer Sondereinheit der Kriminalpolizei nach Vorbild der “AG Gruppengewalt” in Berlin, die sich ausschließlich mit diesem Problem befaßt. Diese AG soll unter anderem Aufklärungsarbeit bei Tätern und Opfern leisten.
- konsequente Verfolgung und Bestrafung jugendlicher Gewalttäter. Der Strafvollzug muß einerseits einsichtigen Tätern helfen und sie bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft unterstützen. Andererseits muß es bei einem ernst zu nehmenden Strafvollzug bleiben, um die abschreckende Wirkung der Jugendstrafe zu erhalten. Durch Steuermittel finanzierten Integrationsurlaub für Straftäter, z. B. in der Südsee, lehnen wir ab. In diesem Falle würde Gewalt praktisch belohnt.
- Von den Schülern sollte ein Vertrauenslehrer gewählt werden, der betroffenen Schüler ganz allgemein bei ihren Problemen zur Seite steht und speziell für diese Aufgabe weitergebildet wird. Der Einsatz von Streetworkern kann bei der Betreuung und der Auseinandersetzung mit potentiellen Gewalttätern hilfreich sein, da diese in den meisten Fällen kein Vertrauen zu den Lehrern haben. Die Erziehung in der Schule muß durch den Schwerpunkt “gewaltlose Konfliktlösung” geprägt werden.
- Wir, die **Schüler Union**, appellieren an die Medien, sich ihrer Verantwortung als “vierter Macht im Staat” stärker bewußt zu werden, danach zu handeln und zu informieren, denn der Sensationsjournalismus ist für die sinkende Hemmschwelle zur Ge-

walt mitverantwortlich. Es darf nicht nur von den Tätern und der Gewalt gesprochen werden, sondern auch die Opfer müssen mehr Beachtung finden. So kann zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit für dieses Thema beigetragen werden.

- Auch die Eltern müssen verstärkt Verantwortung übernehmen, denn sie sind es, denen in erster Linie die Erziehung ihrer Kinder obliegt. Leider wird diese Verantwortung heutzutage immer mehr auf Institutionen wie die Schule abgeschoben. Damit muß Schluß sein! Schule und Elternhaus müssen verstärkt zusammenarbeiten und den regelmäßigen Kontakt pflegen. Das Ziel muß die Stärkung des Selbstbewußtseins, Leistungsbewußtseins und der Toleranz sein. So können Defizite in der Erziehung besser erkannt werden. Eine sinnvolle Koordinierung eines weiteren Vorgehens zur Ausgleichung dieser Defizite kann nur unter diesen Bedingungen erfolgen.
- Austauschprojekte mit Partnerschulen im Ausland müssen weiter verstärkt werden. Dadurch lernen die Schüler andere Kulturen kennen und achten. Sie merken, wie man sich in einer fremden Umgebung fühlt und werden sensibler im Umgang mit ausländischen Mitschülern.

Auch die momentane Lernatmosphäre trägt nicht zur Verringerung des Gewaltpotentials in der Schule bei. Deshalb müssen folgende Punkte im Umfeld der Schule beachtet und umgesetzt werden.

- Beteiligung der Schüler an der Gestaltung ihrer Klassenräume, um ihren Bedürfnissen gerechter zu werden und das Lernklima zu verbessern.
- Abbau der Anonymität durch Verkleinerung der Schul- und Klassengrößen
- Förderung des “Wir-Gefühls”, der Identifikation der Schüler mit ihrer Schule! Möglichkeiten sind Arbeitsgemeinschaften und Projektwochen.

- Bedarfsweise Einrichtung von Schulen mit Ganztagsbetreuung und eine Ausweitung des außerschulischen Angebots durch Vereine etc.! Jugendliche brauchen Alternativen zum unproduktiven “Abhängen” auf der Straße!
- Fortbildungen für die Lehrer zur besseren Wahrnehmung ihrer sozialen und psychologischen Aufgaben. Die Lehrer müssen den Problemen gerecht werden können, mit denen sie in der Schule konfrontiert werden.
- Erweiterung der Lehrerausbildung! Die Ausbildungs- und Prüfungsinhalte für das Lehramt müssen im Bereich der Sozialpsychologie noch mehr ausgeweitet werden, damit die Lehrer, besonders die Vertrauenslehrer, im Stande sind, mit den verschiedenen Aggressionsformen souverän umgehen zu können.
- Verstärkte Wertevermittlung im Religions- und Politikunterricht, in dem z.B. anhand von praktischen Beispielen der Sinn von Gesetzen verdeutlicht wird.
- Der Radikalenerlaß muß bei Lehrern wieder Anwendung finden. Ein Lehrer, der Mitglied in einer verfassungswidrigen Partei oder einer kriminellen Sekte ist, muß umgehend aus dem Schuldienst entlassen werden. Die Folgen wären sonst unüberschaubar.

Aktionsleitfaden

Damit Schüler, Lehrer und Eltern besser informiert sind und über den jeweiligen örtlichen Stand der Dinge bzw. die individuelle Situation Bescheid wissen, sind Podiumsdiskussionen äußerst wichtig. In diesen Podiumsdiskussionen können Betroffene, Experten, Pädagogen und Interessierte ihre eigenen Erfahrungen und Informationen untereinander austauschen. Allein dies fördert schon die Empfindsamkeit für das Thema Gewalt. Da diese Diskussionen aber auch den Teilnehmern Lösungswege mit auf den Weg geben sollen, sollte man unbedingt versuchen, Experten für eine solche Veranstaltung zu gewinnen. Im Idealfall können auch Gewalttäter oder ehemals straffällig gewordene Jugendliche in die Diskussion mit einbezogen werden und so eine erste Kommunikation auf der Suche nach Lösungen angestrebt werden.

Potentielle Teilnehmer auf dem Podium wären:

- Kommunalpolitiker aus Schul- oder Sozialausschüssen
- Jugendbeauftragte oder Kontaktbeamte der örtlichen Kriminalpolizei
- Schüler, die Erfahrung mit der Gewaltbereitschaft ihrer Mitschüler gemacht haben
- Schuldirektoren verschiedener Schulformen
- Eltern, die betroffen sind oder waren
- Sozialpädagogen, die mit gewalttätigen Jugendlichen im Beruf umgehen, z.B. Streetworker
- Juristen, die sich auf Roheitsdelikte spezialisiert haben.
- Schüler, die sich zu ihrer gewalttätigen Vergangenheit bekennen

Allerdings sollte darauf geachtet werden, daß nicht zu viel Experten die Podiumsdiskussion überlasten und am Ende keine Lösungsansätze zur Sprache kommen.

Infostände

Auch die simple Information über die allgemeine Situation und Geschehnisse an anderen Schulen kann nutzen, gegen Gewalt vorzubeugen. Der Sinn und Zweck von Info-Ständen zum Thema Gewalt an Schulen sollte sein, in den Schulen und auch außerhalb die Schüler, Lehrer und auch Eltern auf dieses Problem aufmerksam zu machen und sie für dieses Thema zu sensibilisieren. Denn es könnte sicherlich vielen Schülern geholfen werden, wenn man nur von ihrer Situation wüßte. Aus Angst vor Repressalien verschweigen es viele Schüler und Lehrer, wenn in ihrer Umgebung jemand von einer Gruppe terrorisiert oder erpreßt wird.

Wenn nun alle etwas mehr Acht auf ihre Mitschüler geben und etwas mehr Zivilcourage zeigen würden, könnte vielleicht die eine oder andere Straftat oder Eskalation verhindert werden.

Also: Informieren, um Gewalttaten vorzubeugen!

Initiative für eine „AG Gruppengewalt“

Wir, die Schüler Union, fordern die Kriminalpolizei auf, eine “AG Gruppengewalt” einzurichten. Diese Sondereinheit der Kriminalpolizei soll sich nach dem Vorbild der “AG Gruppengewalt” in Berlin mit dem Thema Gewalt in der Schule und unter Jugendlichen beschäftigen. Dies sollte der Beitrag der Kriminalpolizei sein, die Straftaten, welche unter Schülern und unter Jugendlichen geschehen, einzudämmen. Die Polizei kann dies, indem sie aufklärende Maßnahmen ergreift und sich mit Tätern und Opfern auseinandersetzt. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß überhaupt erst einmal ein Kontakt zwischen der Polizei und den Schulen hergestellt wird, da dies aus Prestigegründen seitens der Schulen eher selten geschieht.

Aktionstag

„Statt mit der Faust mit dem Kopf“

Ein solcher Aktionstag könnte in lockerer Form auf das Problem “Gewalt in der Schule” aufmerksam machen und den Schülern und Lehrern die Empfindsamkeit für das Problem ins Gedächtnis zurückrufen. Der Sinn einer solchen Veranstaltung ist, daß alle Schüler in Form von Sport- oder Gesellschaftsspielen, Darstellungen oder Aufführungen etwas im Sinne des Mottos “Statt mit der Faust mit dem Kopf!” unternehmen können. Damit kann das Bewußtsein der Schüler geschärft werden, daß Gewalt keine Möglichkeit der Konfliktlösung sein kann.

Theateraufführungen, deren Inhalte das Miteinander in den Vordergrund stellen oder Sportspiele, in denen die Mitspieler besonders auf “Fair Play” achten müssen, sind andere Möglichkeiten, die zu solch einem Aktionstag passen.

Aufgrund der Fülle von Möglichkeiten könnte aus diesem Aktionstag eine ganze Projektwoche gemacht werden. Bei dieser Aktion bietet es sich an, die “AG Gruppengewalt” (s.o.) in der Schule vorzustellen.



Schüler Union Niedersachsen